

Österreichische Gesandtschaft
in der Schweiz.

P r o m e m o r i a

Nach der Tagung des Hauptausschusses des österreichischen Nationalrates, in der die Regierung bekannt gegeben hatte, dass sie sich veranlasst sehe, den Rat des Völkerbundes zu ersuchen, die wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse in unserem Teile Europas einer Prüfung zu unterziehen, wurde der österreichische Vertreter beim Völkerbunde, der Gesandte Emmerich von Pflügl, beauftragt, dem Generalsekretariate des Völkerbundes das Ersuchen zu übermitteln, der Völkerbund möge die wirtschaftliche Lage schleunigst durch eine möglichst knappe Anzahl unpolitischer wissenschaftlicher Fachleute prüfen lassen, um die Rückwirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die österreichische Sanierungsaktion festzustellen.

Die österreichische Regierung knüpft hiebei an jenen Passus der Genfer Herbstabmachungen von 1924 an, wo die Rede davon ist, dass die Prüfung der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs eine der Bedingungen für die Beendigung der Kontrolle darstellt. Es liegt der österreichischen Regierung viel daran, dass von unbefangener unkompetenter Seite der Stand der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs geprüft werde. Diese Prüfung wird sicherlich zu dem Ergebnis führen, dass die wirtschaftliche Lage Oesterreichs vertrauenerweckend ist, und dass die Schwierigkeiten und Hindernisse, die der vollen wirtschaftlichen Entwicklung Oesterreichs im Wege stehen, vor allem in dem übermässigen Protektionismus so vieler europäischer Staaten zu erblicken sind. Die österreichische Regierung ist daher



Ansicht, dass nach dieser Richtung hin dem Punkt 2 der Genfervereinbarungen vom September 1924 entsprochen wird. Diese Untersuchung wird zweifellos die für ganz Europa verderbliche Wirkung des protektionistischen Systems feststellen und wird wohl auch zur Erörterung der Wege führen, welche die noch vorhandenen Schwierigkeiten Oesterreichs zu beseitigen geeignet sind. Der Schritt der österreichischen Regierung beim Völkerbund ist auf die österreichischen Verhältnisse abgestellt. Es ist jedoch Absicht der österreichischen Regierung, die ganze Angelegenheit in Genf auf Grund des Berichtes der gemäss ihrer Anregung zu bestellenden Experten zu verhandeln u. zwar auf einer breiteren Basis, in dem es sich dann nicht nur um eine mit der österreichischen Sanierung zusammenhängende Frage handeln soll, sondern um eine europäische Wirtschaftsfrage.

Von dieser Absicht sind die diplomatischen Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslovakei im kurzen Wege in Kenntnis gesetzt worden.

Der weitere Vorgang dürfte der sein, dass der Völkerbund, wenn er auf den Antrag der österreichischen Regierung eingeht, zwei Experten nach Oesterreich entsendet, die einen Bericht ausarbeiten werden, der im Juni die Grundlage für die Verhandlungen im Finanzkomitee und im Völkerbundrate bilden wird.